

NIEDERSCHRIFT

über die 1. Beratung des UVO - Ausschusses am 18.09.2024

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10, Sitzungsraum 2/3, 3. OG
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 20:55 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Hahn, Ausschussvorsitzender, eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Die ordnungsgemäße Ladung wird festgestellt. Der Ausschuss ist beschlussfähig.

Frau Pfannenstiel und Herr Max Steinacker, zukünftige sachkundige Einwohner dieses Ausschusses, sind erschienen. Sie sind von der Gemeindevertretung noch nicht benannt worden, sollen aber auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden an der heutigen Sitzung teilnehmen können und Rederecht erhalten.

Abstimmung zum Rederecht für beide sachkundige Einwohner: einstimmig angenommen

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 18.09.2024

Der Ausschussvorsitzende fragt den Ausschuss, ob es Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt. Es gibt seitens des Ausschusses keine Änderungswünsche.

Der Ausschussvorsitzende informiert, dass Herr Krause ein Anliegen eingebracht habe, welches er unter normalen Umständen unter Anfragen behandeln würde. Es betrifft das Thema „Umsetzung Kommunale Verpackungssteuer“. Da Frau Braune, FB-Leiterin Finanzen/Beteiligungen/Liegenschaften, anwesend ist und Ausführungen zum Haushalt machen wird sowie dieses Thema in ihre Zuständigkeit fällt, schlägt Herr Dr. Hahn vor, diesen Punkt vorzuziehen, und zwar nach TOP 6, erste Lesung Haushalt. Zu Gast sind Herr und Frau Exner, Inhaber der Bäckerei Exner aus Beelitz. Sie würden zu ihrem Unternehmen und deren konkreten Herausforderungen berichten.

Der Ausschuss könne dies für die nächsten Ausschussdiskussionen aufnehmen, um zu schauen, wie weiter mit dieser Richtlinie verfahren wird.

Abstimmung zum Rederecht für die Eheleute Exner: einstimmig angenommen.

TOP 3	Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 17.04.2024
--------------	---

Es liegen keine Einwendungen zur Niederschrift der öffentlichen Sitzung des UVO-Ausschusses am 17.04.2024 vor. Die Niederschrift wird festgestellt.

TOP 4	Wahl der/des stellvertretenden Ausschussvorsitzenden
--------------	---

Der Ausschussvorsitzende informiert über die Möglichkeit zur Durchführung einer offenen oder geheimen Wahl.

Aus dem Ausschuss wird Herr Bodo Krause vorgeschlagen. Weitere Vorschläge gibt es nicht. Herr Bodo Krause wird mittels offener Wahl einstimmig zum stellvertretenden Ausschussvorsitzenden gewählt.

TOP 5	Bericht des Ausschussvorsitzenden
--------------	--

Der Ausschussvorsitzende erinnert an die kommende Landtagswahl und ruft alle Anwesenden zur Teilnahme an dieser auf.

Weiterhin habe er sich mit der Ausschussvorsitzenden des Bauausschusses Frau Scheib dahingehend verständigt, dass möglichst wenige Doppelungen zwischen dem Bau-Ausschuss und dem UVO-Ausschuss erfolgen sollen. Sicherlich lässt sich das nicht immer einhalten.

Die Heinrich-Böll-Stiftung führt am 14.11.2024, um 18.00 Uhr in Michendorf eine Podiumsdiskussion zum Thema „Strategische Wärmeplanung für Kommunen“ durch.

Der alljährliche Herbstputz fand am 14.09.2024 statt; der Ausschussvorsitzende dankt der Verwaltung für die tolle Organisation.

TOP 6	Haushalt 2025 - 1. Lesung
--------------	----------------------------------

INFO 010/24

Frau Braune, FD-Leiterin Finanzen/Beteiligungen/Liegenschaften, informiert anhand einer Präsentation zum Haushalt 2025, 1. Lesung und geht u. a. auf folgende Punkte ein:

- Grundlagen der Haushaltsplanung
- Ergebnisplanung
- wesentliche Investitionsmaßnahmen
- Es betrifft nur den Ergebnishaushalt.
- Der Finanzhaushalt wird zurzeit erstellt.
- Nach wie vor angespannte Haushaltslage, basierend durch den Einbruch bei den Gewerbesteuererträgen. Dies führte im Frühjahr 2024 zu einer verhängten Haushaltssperre, die wiederum im Mai 2024 durch die Gemeindevertreter aufgehoben wurde.
- Es gibt die Überlegung zur Durchführung einer Informationsveranstaltung (Termin steht noch nicht fest); vielleicht auch fraktionsübergreifend oder direkt in den einzelnen Fraktionen.

Bei Interesse zum Haushalt oder spezifischen Rückfragen kann sich jederzeit gerne an Frau Braune gewandt werden. Einfach anrufen und Termin vereinbaren oder schriftlich per E-Mail an: d.braune@kleinmachnow.de oder r.kroschke@kleinmachnow.de.

Alle Nachfragen wurden beantwortet.

Der Ausschussvorsitzende ruft den eingeschobenen Punkt „Umsetzung Kommunale Verpackungssteuer“ auf und erteilt den Eheleuten Exner das Wort **(Redebeitrag s. Anlage 2)**.

Der Ausschussvorsitzende fasst noch einmal zusammen, dass das Ganze formell als Anfrage von Herrn Krause behandelt wird, die Beantwortung durch die Verwaltung erfolgt und als Thema noch einmal in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses behandelt wird.

Alle Nachfragen wurden beantwortet.

TOP 7 Mündliche Informationen der Verwaltung

- Im ehemaligen Fathgelände beginnen mit der Fällsaison diverse Baumfällungen. Die Fällungen sind erforderlich, damit Straßen für die Baufahrzeuge gebaut werden können.
- Mitte/Ende Oktober 2024 geht ein neuer Mobilitätsdienstleister mit seinen insgesamt 6 Mobilstationen an den Start. Aus dem Ausschuss gibt es Nachfragen zum Anbieter/Kosten. Hierzu wird im nichtöffentlichen Teil informiert.

TOP 7.1 Halten und Parken in engen Straßen: Sachstand Gebiet 1 (Testgebiet)

Frau Leißner, FB-Leiterin Recht/Sicherheit/Ordnung (R/S/O), stellt sich vor; u. a. sei sie zuständig für das Ordnungsamt, das Rechtsamt, die Verkehrsbehörde, das Gewerbeamt sowie für das Pass- und Meldewesen (Bürgerbüro).

Frau Leißner informiert zum aktuellen Sachstand.

Folgende Punkte werden angesprochen:

- Widersprüche in Bezug auf fehlende Restbreite liegen vor.
- Die Gemeindevertretung hat keinen Handlungsspielraum, wie die Ordnungsbehörde ahndet. Es sei der Wunsch der Gemeindevertretung gewesen, dass der FB R/S/O stetig über das Vorgehen aufgrund dieser heiklen und tatsächlich menschlich nachvollziehbaren Situation informiert. 3,05 m Restbreite sieht die herrschende Rechtsprechung vor.
- Eine gute Kommunikationsstrategie mit den Bürgerinnen und Bürgern ist erforderlich.
- Worüber wird hier diskutiert? Es gebe eine gültige Rechtsprechung, die durchzusetzen ist.
- Die jetzige Beschilderung ist bürgerunfreundlich.

Herr Krause zu Protokoll: „Ich sage es nicht gerne Frau Leißner, aber die Darstellung, die Sie gerade gegeben haben, die ist insofern beschönigend, dass Sie hier einen Flächeneffekt

unterstellen, dem ich widerspreche, auch zu Protokoll. Es gibt in dem Testgebiet, wie es anfangs hieß, durchaus Leute, die von Anfang an die Maßnahme gutgeheißen haben. Es gibt dort auch Regelungsbedarf, aber, es gibt dort nach wie vor eine erhebliche und m. E. überwiegende Anzahl an Bewohnerinnen und Bewohner, die diese Maßnahme nicht gutheißen und erhebliche Alltagsprobleme damit haben. Das erstmal nur zum Status.

Dann Frage: 1. Wie viele Verfahren, die sich auf das Nichteinhalten der Restdurchfahrtsbreite beziehen, also nicht das Parken mit zwei Reifen auf dem Gehweg, wo man das nicht darf, sind bisher in das Bußgeldverfahren gegangen?

2. Was natürlich jetzt hochgradig relevant ist, ist die Frage, diese Regelung extrapoliert auf ganz Kleinmachnow, was bedeutet das? Wir haben, gegenüber der Regelung die Sie ganz zu Beginn eingesetzt haben, denken Sie an die Thematik Heidefeld, da haben Sie gesagt, wir machen dort auch Haltverbot, damit wir nicht den Park-Ausweich-Verkehr haben. Das musste man wegen der hinreichenden Straßenbreite dort zurücknehmen. Wenn Sie dieses Ergebnis in Betracht ziehen, wie viel Prozent der Straßenflächen in Kleinmachnow wären wirklich noch betroffen?"

Beantwortung bei Protokollerstellung

Zu Frage 1: Mit Stand vom 16.10.2024 gab es zu diesem Sachverhalt 21 anhängige Ordnungswidrigkeitenverfahren. Davon sind 9 durch Zahlung des Verwarngeldes abgeschlossen. 12 Verfahren sind noch offen. Je nach Sachstand und Zeitablauf gehen diese Verfahren ins Bußgeldverfahren über. Bußgeldbescheide sind bis heute noch nicht ergangen.

Zu Frage 2: Ca. 70 % aller Straßen in Kleinmachnow weisen weniger als 5,05 m Fahrbahnbreite auf. Eine entsprechende Übersichtskarte wurde als Anlage zum Protokoll beigelegt (**s. Anlage 3**).

Klarstellung durch Frau Leißner: „Wir ordnen keine Haltverbote durch Beschilderung mehr an, damit sind wir ja baden gegangen. Das machen wir gerade nicht mehr, sondern es gilt die gesetzliche Regelung des § 12 Abs. 1 Nr. 1 StVO. Bei schmalen Fahrzeugen, bei denen die Restfahrbahnbreite von 3,05 m nach dem Abstellen des Fahrzeuges gegeben ist, besteht kein Haltverbot.“

GO-Antrag von Herrn Schulz: Ende der Rednerliste

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag nicht zur Abstimmung, da nur noch ein Redner auf der Rednerliste steht.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Gutheins, Herr Krause, Herr Bleek, Herr Steinacker, Herr Schulz

TOP 7.2

Weinbergviertel, Fahrbahnerneuerung „Schwarzer Weg“ und Wegebau im Seitenraum „Am Weinberg“, Abschluss der Bauarbeiten

Frau Gasch, FD-Leiterin Verkehr/Klima/Umwelt informiert, dass der Radweg nun fertiggestellt sei, die feierliche Eröffnung bereits im Juli dieses Jahres stattgefunden habe und nur noch kleinere Restarbeiten, wie z. B. Aufstellung zweier Schilder, erfolgen müssen.

Es habe sich herausgestellt, dass in den Abendstunden und an den Wochenenden vor dem Weinberggymnasium der Seitenbereich zum Parken missbraucht werde. Um das zu verhindern, werden demnächst im Bereich der Schotterfläche Findlinge aufgestellt. Zudem werden noch einige Symbole auf dem Radweg aufgebracht, sodass ganz klar wird, dass der Streifen neben dem Hochbord ein Radweg ist.

**TOP 7.3 Verbesserung der Verkehrssituation in der Sommerfeldsiedlung,
Stand der Bauarbeiten, Bauphase A und weitere Zeitplanung**

Frau Gasch, FD-Leiterin Verkehr/Klima/Umwelt informiert zum Stand der Bauarbeiten, u. a. sei der Asphalt in der Straße An der Stammbahn über die gesamte Strecke eingebaut worden, derzeit laufen die Restarbeiten am Gehweg zwischen Franzosenfichten und Johannistisch. Die restlichen Grünflächenüberfahrten zu den Grundstücken im nördlichen Bereich werden zurzeit angelegt. Im November erfolgt die Öffnung der Wegeverbindung zum Düppelteich. Die Arbeiten in der Straße Im Dickicht sind abgeschlossen. Im November erfolgt hier noch die Komplettierung der Grünflächen in Abstimmung mit der Anwohnerschaft. In der Straße Pilzwald wurde die Asphalttragschicht eingebaut, der östliche Seitenraum im Bereich der Stellplätze ist zu 2/3 fertiggestellt und Mitte Oktober wird die Asphaltdeckschicht eingebaut, sodass die Arbeiten im November weitestgehend abgeschlossen sind. In der Straße Johannistisch ist der Straßenaufbruch abgeschlossen, zurzeit erfolgt der Einbau der Entwässerungsanlagen im Bereich der Grünflächenverbindungen und der erforderliche Anschluss zur Versickerungsanlage wird hergestellt. Bis Jahresende soll auch hier die Fahrbahn fertiggestellt werden, sodass Anfang kommenden Jahres die Restarbeiten in den Seitenräumen (Gehweg-/Parkbereich) gemacht werden. Die Bauphase A soll zum Ende des Jahres abgeschlossen werden. Aktuell erfolgt die Ausführungsplanung zur Bauphase B.

**TOP 7.4 Gartensiedlung KLM Süd-Ost, hier: Arbeitsstand bei der Wiederher-
stellung des Entwässerungssystems (Hinweis: Vortrag des Gutach-
ters in der Sitzung des Bauausschusses am 16.09.2024)**

Frau Gasch, FD-Leiterin Verkehr/Klima/Umwelt, gibt eine kurze Zusammenfassung über die Problematik der Gartensiedlung Süd-Ost, auch genannt Klein Moskau: Die Siedlung hat seit einigen Jahren nach Starkregenereignissen mit sehr hohen Wasserständen und Überflutungen zu kämpfen. Besonders dramatisch war die Situation in den Frühjahren 2019, 2022 und 2024. Grund der Überflutungen ist ein nicht mehr funktionstüchtiges Entwässerungssystem. Anhand einer Präsentation erläutert sie das Niederschlagswasserbeseitigungskonzept der UBB Umweltvorhaben Dr. Klaus Möller GmbH und geht u. a. auf folgende Punkte ein:

1. Veranlassung und Zielstellung
2. Planungsgrundlagen – Lage, Baugrunduntersuchungen
3. Plangebietsanalysen – Flächennutzung
4. Maßnahmenplanung – Variante 1
5. Kostenschätzung Variante 1
6. Notwendige weitere Untersuchungen
7. Mögliche Endausbaustufe

Nachfrage Herr Gutheins: „Wie gelangt das Wasser vom Grundstück in diese neue Kanalisation hinein? Von der Dachfläche kann ich ein Rohr anschließen, aber das, was auf dem Rasen anfällt und nicht mehr versickert, wie kriege ich das Wasser vom Grundstück? Ist hinten zwischen allen Grundstücken ein offener Kanal?“

Beantwortung Frau Gasch: „Die Kanäle in dieser Straße sind unterirdisch, von jedem Grundstück zum Kanal. Es ist meine Vermutung, dass es einen Anschluss geben muss. Die meisten

Grundstücke haben die vorhandenen Gräben noch, manche wurden erhalten, manche wurden zugeschüttet. Meine Vermutung wäre jetzt, dass die Gräben wieder herzustellen sind und dann wird am Ende auf dem Grundstück eine Verbindung zu dem Kanal der in der Straße liegt hergestellt.“

Nachfragen Frau Pfannenstiel: „Auf welcher Datengrundlage haben Sie die Wasserberechnung gemacht? Haben Sie die neusten Regendaten genommen? Dann habe ich nicht verstanden, warum jetzt neue Erkundungen vorgenommen werden müssen? Hat das genehmigungstechnische Gründe für einen Graben oder eine Rohrleitung? Warum muss ich das Grundwasser und den Untergrund monitoren?“

Beantwortung Herr Dr. Hahn: „So wie ich das verstanden habe, war das nur für die Dauer der Bauarbeiten, um genau zu wissen, wie man das System dimensionieren muss. Die Grundwassermessstellen sollen nicht dauerhaft sein.“

Ergänzung Herr Schmidt: „Die Thematik, die dort zu sehen ist, ist der Untergrund, wie er arbeitet, wie er sich verhält, wenn ich ihm Grundwasser entziehe. Wir dürfen nicht vergessen, dass es mal ein Mooregebiet war. Das sind die Themen, die bei den Bohrungen aufgetan worden sind. Deswegen gibt es die Messwasserstellen.“

Ergänzung der Verwaltung mit Erstellung des Protokolls: *Die Grundwassermessstellen sollen insbesondere wegen der von Herrn Schmidt geschilderten Problematik auf Dauer betrieben werden, um ein Absacken und Rissbildung bei Gebäuden vorbeugen zu können.*

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Gutheins, Frau Pfannenstiel, Herr Dr. Hahn, Herr Schmidt

TOP 7.5 Wiederaufbau Potsdamer Stammbahn, hier: Information über den i2030-Aktionstag v. 28.06.2024, „Verkehrswende ist Klimaschutz: Mehr ÖPNV-Nutzung durch frühzeitige Bahnhofsentwicklung – eine Chance für Betreiber und Kommunen“ ????

Frau Gasch, FD-Leiterin Verkehr/Klima/Umwelt, informiert anhand einer Präsentation über den am 28.06.2024 stattgefundenen Workshop. Initiiert wurde das Ganze von der TU Berlin, die mit ihrem Fachgebiet die Deutsche Bahn unterstützt. An dem Workshop haben teilgenommen verschiedene Vertreter aus verschiedenen Bereichen der Bahn, Vertreter der Gemeinde Kleinmachnow sowie vom Bezirksamt Steglitz/Zehlendorf und der Stadt Teltow. Beispielhaft hat man den Bahnhof Düppel genommen.

Gesprächspunkte waren u. a. Verknüpfung der Verkehrsmittel (Bestand Bushaltestellen, Fahrradabstellanlagen, Pkw-Parkplätze, Erhaltung Marktplatz, mehr Werbung für Intermodalität, neue Organisation einzelner Wegebeziehungen. Dadurch, dass die Gemarkungsgrenze direkt an der Bahnstrecke verläuft, sollte das Ganze nicht getrennt betrachtet, sondern eng mit Steglitz-Zehlendorf zusammengearbeitet werden. Vielleicht sollte über einen städtebaulichen Vorwettbewerb nachgedacht werden (Betrachtung Bahnhofsumfeld auf beiden Seiten).

Folgende Punkte werden angesprochen:

- Bürgerbefragungen nach Bedarfen auf virtuellem Weg durchführen, unbedingt Steglitz-Zehlendorf einbinden.
- Zurzeit gibt es nur grobe Überlegungen zum möglichen Bahnhofstandpunkt (eher auf Berliner Seite).

- Bahn hat sehr viel eigene Entscheidungsgewalt.
- Viel Mitgestaltungsmöglichkeit unsererseits gibt es beim Bahnhofsumfeld.
- beschränkter/unbeschränkter Bahnhof/möglichen Rückstau beachten
- In der jetzigen Vorplanung werden noch verschiedene Lagen und verschiedene Kreuzungsmöglichkeiten untersucht.
- Unsere Sicht der Planung darlegen; zeitnah loslegen.
- Busfahrplananpassung berücksichtigen
- Es geht um eine Regionalbahn/keine S-Bahn.

Weitere Hinweise/Anregungen nimmt Frau Gasch gerne entgegen.

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Krause, Herr Gerloff, Frau Linke, Herr Steinacker, Herr Gutheins

TOP 8	Beschlussempfehlung
--------------	----------------------------

TOP 8.1	Lärmaktionsplan für die Gemeinde Kleinmachnow, Stufe 4, hier: Abwägung und Billigung, Stufe 4	DS-Nr. 088/24
----------------	--	----------------------

- 1.) Die Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden/ Träger öffentlicher Belange, die im Rahmen der frühzeitigen sowie der erneuten öffentlichen Auslegung des Entwurfes zum „Lärmaktionsplan für die Gemeinde Kleinmachnow, 4. Stufe“ fristgemäß eingingen, wurden geprüft. Das Ergebnis ist in der **Anlage 1** dargestellt.
- 2.) Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bürger/-innen sowie die Behörden/Träger öffentlicher Belange und Nachbargemeinden, die Anregungen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen.
- 3.) Die Berichterstattung zum „Lärmaktionsplan für die Gemeinde Kleinmachnow, Stufe 4“ – Stand 15.07.2024 – nach dem Gesetz zur Umsetzung der EG-Richtlinie über die Bewertung und Bekämpfung von Umgebungslärm (EU-Richtlinie 2002/49/EG) bzw. § 47a-f Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG) und auf der Grundlage der Lärmkartierung des Landesamtes für Umwelt des Landes Brandenburg (LfU) aus dem Jahr 2022 wird gebilligt.
- 4.) Der Lärmaktionsplan, Stufe 4 (**Anlage 2**) ist im Rahmen der Berichtspflicht dem Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz des Landes Brandenburg (MLUK) im Oktober 2024 zu übergeben.

Frau Gasch, FD-Leiterin Verkehr/Klima/Umwelt, gibt anhand einer Präsentation eine kurze Zusammenfassung zum Lärmaktionsplan und geht u. a. auf folgende Punkte ein: Allgemeines, Ergebnisse Lärmkartierung 2022, Maßnahmen, Ergebnisse, Maßnahmenvorschlag.

Folgende Punkte werden angesprochen:

- Versuchen, Thema 30 km für den gesamten Ort noch einmal aufzugreifen.
- Regio-Busse - Umstellung auf Elektro/Wasserstoff forciert thematisieren, auch im Verbund mit anderen Kommunen.
- In Sachen E-Mobilität der Regio-Busse auf den Landkreis und auf Regio-Bus nochmals zugehen und gemeinsam nach Lösungen suchen.

- Hinweis zum beschlossenen Nahverkehrsplan des Landkreises (gültig für die nächsten 5 Jahre) mit EU-Richtlinie für saubere Fahrzeuge, d. h., E-Busse müssen zwangsläufig angeschafft werden ab 2026 unter Vorbehalt der Finanzierung.
- Ladeinfrastruktur für Busse am künftigen Bahnhof planen.
- Busse - Gesamtgewicht „bleischwer“ – für Infrastruktur problematisch.

Frau Gasch stellt klar, dass es tatsächlich so ist, dass dieses Instrument kein Instrument ist, das der Verwaltung in irgendeiner Form hilft, sondern es gemacht wird, weil es gemacht werden muss. Es werde als Mittel gegenüber der Verkehrsbehörde verwendet, es habe aber keinen Rechtscharakter.

Nachfrage Herr Dr. Braun: „Ich wollte die Arbeit der LFU bemängeln mit der Lärmkartierung. Vor 10 Jahren haben sie Kleinmachnow so berechnet, wie es sich auch gehört, als Teil des Ballungsraumes Berlin. Seit der letzten Runde vor 5 Jahren wurde Kleinmachnow als isolierte zwanzigtausend Einwohner zählende Gemeinde gewählt, bei der man bei Straßen rechnen muss, die mind. zehntausend Fahrzeugbewegungen pro Tag haben. Jetzt finde ich es sehr löblich, dass Kleinmachnow diesmal selber nachgerechnet hat bzw. nachrechnen hat lassen. Jetzt wollte ich fragen: Wie hoch sind die Mehrkosten für die Gemeinde dadurch, dass wir das selber in Auftrag geben mussten, dass das berechnet wurde?“

Die Frage kann in der Sitzung nicht beantwortet werden.

Beantwortung mit Erstellung des Protokolls: Herangezogen wurden hierzu die Zahlen aus der gemeindeweiten Verkehrserhebung 2022, die Kosten in Höhe von insgesamt 49.788,00 Euro verursachte. Die Verkehrserhebung wurde für verschiedene Verkehrsplanungen, aber auch für die Lärmaktionsplanung genutzt.

Abstimmung der DS-Nr. 088/24: 9 Ja-Stimmen = einstimmig empfohlen

An der Diskussion beteiligten sich: Herr Bleek, Herr Steinacker, Herr Dr. Braun, Herr Gutheins, Frau Linke, Herr Weis, Herr Krause

TOP 9

Anfragen der Ausschussmitglieder an die Verwaltung

Anfrage Herr Bleek: „Ich hatte schon am 14.08.2024 eine Anfrage zum Augustinum gestellt. Ich wollte fragen, ob die hier beantwortet wird oder in der Gemeindevertretung oder schriftlich an alle, nur zum Verfahren allgemein? Es geht um die ÖPNV-Anbindung des Augustinum.“

Beantwortung Frau Gasch: „Früher gab es eine Ortslinie, die das Augustinum angebunden hatte. Da die Straßen aufgrund des Kopfsteinpflasters durch die Busse nicht gut befahren werden konnten und die Straßenbreite fehlt, wurde die Linie irgendwann abgeschafft. Meines Wissens hat das Augustinum einen eigenen Shuttleservice für ihre Bewohnerinnen und Bewohner eingerichtet. Alles, was wir uns an Buslinien wünschen, ist etwas, was wir an Regio-Bus herantreiben müssten. Wir hatten zwischendurch mit dem Seniorenbeirat die Idee, einen Seniorenbus einzuführen, den wir auf eigene Kosten bezahlt hätten. Die Idee wurde aufgrund der Haushaltslage nicht weiterverfolgt.“

Ergänzung Herr Bleek: „Ich hatte mit dem Leiter des Augustinum zu dieser Sache geschrieben und er meinte, es gibt einen Minibusshuttle, den die Bewohnerinnen und Bewohner selber bezahlen müssten und auch private Fahrgemeinschaften. Vor 20 Jahren gab es eine feste Busverbindung zum Augustinum. Es gibt Bedarf und es scheint ein relevantes Projekt für die Leute dort vor Ort zu sein. Wenn wir uns überlegen, ÖPNV sind vor allem die Jungen,

die dann vielleicht nicht so mobil sind und die Älteren vielleicht auch nicht mehr ins Auto steigen wollen. Es ist ein sinnvolles Anliegen, sie dort besser anzubinden.“

Anfrage Frau Linke: „Ich habe nicht so die richtige Anfrage, aber ich würde gerne die Ausschussmitglieder auf ein Thema hinweisen, was am Montag auch im Bauausschuss stattgefunden hat: Wir haben gerade über das Thema Ausbau von E-Lade-Infrastruktur gesprochen. Es gibt ein Unternehmen hier in Kleinmachnow; ich weiß, dass es mit mehreren von Ihnen auch schon Kontakt gab, im Europark Dreilinden Schnellladesäulen zu errichten und nach langjährigen Bemühungen zusammen mit der Gemeinde die Verwaltung jetzt dem Projekt quasi den Rücken kehren will. Ich würde jeden bitten, sich mit der Thematik auseinanderzusetzen. Ich glaube nach wie vor, dass das ein wichtiges Zukunftsthema ist und ich fände es schade, wenn wir das einfach so sang- und klanglos begraben würden.“

Anfrage Herr Krause: „Ich habe noch ein anderes Anliegen, Frau Leißner: Wir machen alle diesen Job hier ehrenamtlich. Wir machen ihn infolgedessen zu Tageszeiten, wo man auch nicht immer mehr im Vollbesitz seiner Leistungsfähigkeit ist und teilweise auch etwas hektischer, als es gut ist. Das schicke ich voraus, einfach, weil ich ein bisschen Verständnis dafür einwerben möchte bei Ihnen, dass, wenn wir hier Wahlkampf machen, dieses Thema Sondernutzungsmöglichkeiten doch bitte so flexibel wie möglich gehandhabt werden sollte. Für mich ist das einfach simple Demokratenpflicht. Ich weiß, dass dem auch rechtliche Erwägungen entgegenstehen. Deswegen ist die Frage, die ich gerne an Sie richten würde, die Sie jetzt auch nicht direkt beantworten müssen, ob es nicht möglich wäre, für künftige Wahlkampfphasen eine generelle Nutzungsberechtigung für die hier wahlwerbenden Parteien einzuräumen. Zumindest für die Samstage. Danke.“

Beantwortung Frau Leißner: „Gut, dass Sie das ansprechen, ich wollte das im nichtöffentlichen Teil machen. Sonntagnachmittag einen Antrag zu stellen und am Montag zu sagen, ich habe aber keine Ablehnung bekommen, das geht nicht. Ich hoffe, Sie kennen meine E-Mail an die Fraktionsvorsitzenden? Eine Partei hat es geschafft, vorher zu beantragen. Alle anderen haben es nicht geschafft. Wenn Sie sagen, Sie waren geistig nicht in der Lage dazu, dann frage ich mich, was das heißen soll. Aber, Sie sind alle schon länger hier als Gemeindevorteiler tätig. Ich erwarte auch nicht mehr oder weniger als von jedem Bürger. Sie sind Vertreter der Bürgerschaft, Sie werden gewählt oder wollen gewählt werden. Wieso denken Sie, dass ein Bürger sich an alles halten soll, eine Sondernutzungserlaubnis beantragen soll, aber Sie müssen das nicht? Meine persönliche Meinung dazu ist, dass Sie da lieber als Vorbild vorangehen sollten. Jetzt zu Ihrer Frage: Können Sie da nicht lockerer vorgehen? Wir sind schon sehr locker. Wir versuchen auch unser Möglichstes. Wir haben auch noch etwas anderes zu tun, als Sondernutzungen für einen Wahlkampf zu bescheiden. Der Termin 22.9., ich denke, der ist schon ein Jahr bekannt. Ich will an Sie appellieren. 14 Tage Bearbeitungszeit wären schön. Wenn Sie sagen, ich möchte aber eine Pauschalgenehmigung für Samstage irgendwo stehen zu dürfen, muss ich auch sagen, Sie können sich als Person ja überall hinstellen, nur für Tische, Plakataufsteller etc. benötigen Sie eine Erlaubnis. Das habe ich in den letzten drei Wochen schon so oft gehört, dass das Ordnungsamt den Wahlkampf behindert und Menschen an ihrem demokratischen Recht auf Wahlkampfausübung hindert. Das tun wir nicht. Wir müssen uns aber auch nicht beschimpfen lassen, wenn wir unseren Job machen. Ich appelliere ja auch nur an alle. Ich kann Ihnen nicht sagen, was Sie zu tun und zu lassen haben, Sie sind alle ehrenamtlich tätig. Das weiß ich auch. Es ist ein Geben und ein Nehmen. Sie wissen, die Bürgermeisterwahl steht an, der Termin für die Wahl und für die Stichwahl steht auch fest. Da hoffe ich, dass wir nicht mehr so einen täglichen Konflikt und verbalen Schlagabtausch erleben müssen. Da appelliere ich einfach an Sie. Das war

auch sonst nicht so. Ich mache diesen Job auch schon seit 15 Jahren, dieser Landtagswahlkampf in Bezug auf die Sondernutzung von Ständen war eine Totalkatastrophe muss ich sagen und es hält uns ja auch auf. Für die nächste Wahlkampfphase bitte ich einfach darum, dass Sie das frühzeitig beantragen. Wenn die Sondernutzungserlaubnissatzung geändert werden soll, können Sie das als Gemeindevertreter ja auf den Weg bringen. Wir hatten das Thema schon vor ca. 5 Jahren, es wurde aber abgelehnt."

Erwiderung Herr Krause: „Da ich hier angegangen wurde, möchte ich richtigstellen, dass keinerlei der Einwürfe, die hier von Frau Leißner geäußert worden sind, von mir oder von irgendjemand mit dem ich in dieser Sache zu tun habe, passiert sind. Das kann ich nicht nachvollziehen. Es tut mir leid, wenn Sie angegangen werden, da sind Sie bei mir an der falschen Adresse. Meine Frage hätte ich trotzdem gerne beantwortet. Sie haben es zum Schluss so ansatzweise gemacht. Sie haben gesagt, das müssen Sie selber beschließen. Dann werden wir das so machen.“

Herr Schulz informiert, dass ein Antrag auf erlaubnisfreie Sondernutzung für die Zeit der Wahlkämpfe, für Infostände und Plakate schon gestellt wurde.

Frau Linke gibt zu bedenken, Wahlkampf sei wahnsinnig wichtig. Sie schätze jeden, der Wahl kämpft. Aber, es gebe leider auch Parteien im Land, von denen sie nicht möchte, dass sie ohne jede Genehmigung, zu jeder Tages- und Nachtzeit, irgendwie unter dem Aspekt einer sondernutzungsfreien Möglichkeit, Wahlkampf machen. Sie möchte einfach zu bedenken geben, dass ab und zu ein vernunftbegabter Verwaltungsmitarbeiter gar nicht so verkehrt ist.

Der Ausschussvorsitzende weist noch einmal darauf hin, dass Anfragen vor Sitzungsbeginn beim Ausschussvorsitzenden anzumelden sind. Und bitte auch nur Anfragen unter diesem TOP. Alles andere könne vorab beantragt werden.

Der Ausschussvorsitzende beendet die öffentliche Sitzung.

Die sachkundigen Mitglieder werden durch den Ausschussvorsitzenden verabschiedet.

Kleinmachnow, den 22.10.2024

Dr. Frederik Hahn
Vorsitzender des UVO - Ausschusses

Anlagen

1. Anwesenheitsliste
2. Redebeitrag Herr und Frau Exner, Bäckerei Exner
3. Kartenauszug Fahrbahnbreiten